

# Integration beginnt gestern.



**Integration wird uns als zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung noch einige Zeit begleiten. Den Kopf in den Sand stecken kann keine brauchbare Strategie sein. Niemandem ist geholfen, wenn wir über tatsächliche Probleme hinwegsehen und diese verharmlosen. Es gilt: Die Anzahl der Flüchtlinge müssen wir auf ein Niveau reduzieren, das Integration ermöglicht. Wer kommt, muss sich an unsere Regeln halten, Deutsch lernen, die Werte akzeptieren. Wer das tut, ist Teil von Österreich.**

Wir haben die Verpflichtung, den ÖsterreicherInnen und den Menschen, die legal bei uns sind, eine Perspektive zu geben, indem wir diese Herausforderungen meistern. Wir brauchen: klare Ansagen, realistische Ziele und umsetzungsstarke Strukturen. Wir müssen Zuwanderung begrenzen und die Kontrolle darüber haben, wer zu uns kommt. Deshalb haben wir eine Obergrenze, die klar macht: Bis hierher können, wollen und werden wir Menschen auf der Flucht helfen. Wir werden sie unterstützen und aufnehmen. Mehr geht dann aber nicht. Die Obergrenze gilt, weil sie definiert, was wir leisten können. Wir müssen den ÖsterreicherInnen Sicherheit geben und wir haben einen Plan für alle, die zukünftig unsere Gesellschaft mitbauen wollen.

Oder auf den Punkt gebracht: Wir haben in 70 Jahren ein Land aufgebaut, in dem Menschen frei und gleich, friedlich und demokratisch mit- und nebeneinander leben. In dem Frauen gleich viel wert sind wie Männer, in dem das Recht vom Gesetz und nicht vom Glauben ausgeht, in dem die Staatsgewalt herrscht und nicht Gewalt im Staat. Wer sich an diese Regeln hält, der bleibt. Wer glaubt, unseren Wohlstand,

reich kommen, haben Rechte und Pflichten. Wer die Rechte in Anspruch nimmt, muss auch die Pflichten erfüllen.

Ein Beispiel: Die Schulpflicht gilt für alle Kinder in Österreich. Niemand in unserem Land darf seinen Kindern, ob aus ideologischen Gründen oder aus Desinteresse, die Chance auf Bildung verwehren. Das ist eine klare Regel. Unsere Schulen und unsere Behörden werden darauf achten, dass sie eingehalten wird. Wer sich daran nicht hält, wird deutliche Sanktionen zu spüren bekommen. Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich die Menschen

## Wer Rechte in Anspruch nimmt, muss auch Pflichten erfüllen.

unsere Sicherheit, unsere Toleranz zum Aufbau einer unfreien, ungerechten und ungleichen Parallelgesellschaft zu nutzen, der muss auch wieder gehen.

Wir setzen auf praktikable Lösungen im Sinne einer echten Integrationspolitik für ganz Österreich. Menschen, die nach Öster-

selbst erhalten können, desto einfacher ist es für alle. Darum setzen unsere Bemühungen bereits bei den AsylwerberInnen an. Das Integrationskonzept, das mit ExpertInnen, NGOs, VertreterInnen der Länder und der Sozialpartner erarbeitet wurde, fordert Engagement und fördert Eigenverantwortung.







## Radikalisierung schnell und klar unterbinden.



Im Rahmen eines flächendeckenden Integrationsprogramms müssen fünf zentrale Herausforderungen für geregelte Zuwanderung gelöst werden:

### 1. Arbeitsmarkt und Selbsterhaltungsfähigkeit

Durch die Fluchtsituation im Jahr 2015 ist mit einer steigenden Anzahl arbeitslos gemeldeter Asylberechtigter zu rechnen. Die durchschnittliche Vermittlungsdauer beträgt je nach Qualifikationsniveau drei bis sieben Jahre. Die logische Konsequenz liegt darin, den Integrationsprozess vom ersten Tag an zu starten. Denn Verzögerungen und Erschwernisse im Integrationsprozess bedeuten langfristig Mehrkosten.

**ERLEDIGT!**

- Verpflichtendes Integrationsjahr für Asylberechtigte und AsylwerberInnen: Integrationsvereinbarung, Integrationspfad, Betreuung durch IntegrationsberaterInnen, Kompetenzchecks, Sprachmaßnahmen, Arbeitstraining, Bewerbungstraining. Das haben wir erfolgreich durchgesetzt – seit diesem Jahr ist das verpflichtende Integrationsjahr in ganz Österreich Realität.
- Ausweitung »Implacementstiftungsprogramm« zur arbeitsplatznahen Qualifizierung. Mit großen Unternehmen wird

## Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich Menschen selbst erhalten können, desto einfacher für alle.

eine Vereinbarung verhandelt, sich zu verpflichten, für Asylberechtigte 1000 Stellen bereit zu stellen. Qualifizierungsprogramme und eine 80-Prozent-Deckung des Gehalts für das 1. Jahr kommen von staatlicher Seite.

- »Fast-Track-System«: Sozialpartner einigen sich auf Mangelberufsfelder, in denen Asylberechtigte mittels Qualifizierung in der Muttersprache auf schnellstem Weg in Beschäftigung gebracht werden.

### 2. Klare Zuständigkeiten bei Asylverfahren und im Integrationsprozess

Im Zuge des Asylverfahrens gibt es in der Grundversorgung wechselnde Zuständigkeiten zwischen mehreren Ministerien, den Ländern bis hin zu Gemeinden. Folge sind lange Verfahrensdauern, fehlendes Schnittstellenmanagement und fehlende Doku-

mentation der Integrationsbemühungen. Engagierte Gemeinden, die aufgrund der fehlenden flächendeckenden Angebote integrationspolitisch in Vorlage gegangen sind, dürfen nicht im Stich gelassen werden.

- Klare Zuständigkeiten: Es braucht klare Verantwortlichkeiten.
- Beschleunigung der Asylverfahren
- Eine Behörde, vom Asylantrag bis hin zur Integrationsbegleitung oder zur Rückführung. Nur so haben wir einen klaren Überblick über die Integrationsbestrebungen, können steuern und besser vollziehen. Internationale Beispiele in Schweden und Deutschland zeigen, wie es geht.

### 3. Struktur auch für nicht mehr schulpflichtige AsylwerberInnen

10 Prozent der AsylwerberInnen sind minderjährig, der Großteil davon ist nicht mehr



Helfen wir jenen, die aus gutem Grund bei uns angekommen sind, auch in unserer Gesellschaft anzukommen – immer unter Rücksichtnahme auf das richtige Maß, das wir bewältigen können und das durch die Obergrenze bestimmt wird. Sagen wir jenen, die sich nicht an unsere Regeln halten, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Fördern und fordern wir jene Dinge, die aus unserer Sicht zu einem gelungenen und bunten Zusammenleben der Kulturen beitragen. Das hat unser Land immer ausgezeichnet und das soll es auch weiterhin tun.

schulpflichtig. Für diese Zielgruppe gibt es keine flächendeckende Beschäftigungsstruktur. Perspektivlosigkeit und langfristige Integrationsprobleme sind die Folge.

- Ausrollung Projekt Jugendcollege: Qualifizierungsprogramm für nicht mehr schulpflichtige jugendliche AsylwerberInnen, Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige
- Qualifizierungsverpflichtung bis 25: Aktuell können jugendliche AsylwerberInnen nur in Mangelberufen eine Lehre absolvieren. Gerade, um dieser Gruppe möglichst rasch eine Beschäftigungsperspektive zu geben und um sie nicht zum Nichtstun zu verdammen und einem Abrutschen in die Kriminalität Vorschub zu leisten, müssen wir sie für unseren Arbeitsmarkt tauglich machen.
- Überregionale Lehrstellenvermittlung

#### 4. Radikalisierung und Extremismus bekämpfen

Menschen, die sich abgrenzen oder gar die Gesellschaft spalten wollen, sollen wissen, dass sie bei uns keine politische, kulturelle oder wie auch immer geartete Zukunft haben. Das gilt für Fundamentalisten ebenso wie für hetzerische Nationalisten und alle, die mit der Art, wie wir Gemeinschaft verstehen, nicht einverstanden sind.

In der Vergangenheit wurden in der Integrationspolitik Fehler gemacht, die sich bis heute auswirken. Fehlender Anschluss an die Gesellschaft oder selbstgewählte Isolation sind der Nährboden für Radikalisierungstendenzen. Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Schulbildung und Jobchancen für alle sowie ein gerechter und ausgewogener Sozialstaat sind – neben vielem anderem – für uns nicht verhandelbar. Somit müssen wir Radikalisierungstendenzen schnell und klar unterbinden. Bei Straftaten muss selbstverständlich die volle Härte des Gesetzes zur Anwendung kommen. Um Radikalisierung entgegenzuwirken, ist es notwendig, alle wichtigen Entscheidungsträger zusammenzuführen und bestehende Maßnahmen und Programme verstärkt aufeinander abzustimmen und auszuweiten:

- Salafistische Verteilaktionen **ERLEDIGT!** verbieten
- Radikalisierung auch im Netz **ERLEDIGT!** bekämpfen

#### 5. Selbstständig in Österreich statt abhängig vom Ausland

Religionsgemeinschaften können bei der Integration in Österreich eine wichtige Rolle spielen. Sind sie aber von ausländischen Regierungen abhängig, kann sich diese Rolle allzu rasch ins Negative drehen

und als Hemmnis gegen Integration wirken. Daher sieht das Islamgesetz vor, dass alle Religionsgesellschaften ihre Arbeit in Österreich selbstständig finanzieren.

Mehrere Ministerien sind zuständig, die Aktivitäten der religiösen Vereine und Strukturen zu prüfen, vom Kultusamt über das Justiz- und Innenministerium sowie das Finanzministerium. Hier bedarf es stärkerer Koordinierung. Die Informationen müssen gesammelt an eine verantwortliche Stelle fließen, durch die auch entsprechende Sanktionen verhängt werden können. Um die Unabhängigkeit zu wahren und Schutz gegenüber direktem staatlichem Eingriff zu geben, werden zugelassene Wirtschaftsprüfer herangezogen, denen auf alle Kontounterlagen voller Zugriff gewährt wird.

Wenn es zu illegaler Finanzierung aus dem Ausland kommt, muss die staatliche Reaktion klar und deutlich sein. Diese kann bis zur Auflösung der betreffenden Einrichtung gehen. Verantwortliche Funktionäre sollen mit Geldstrafen in dreifacher Höhe der illegalen Spende belegt werden.

Es ist viel zu tun. Packen wir es an!